



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 20. März 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-21-0013

Erhalt des Grundbildungszentrums an der vhs Wiesbaden - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019 -

In einem Schreiben von 18.02.2019 macht der Direktor der Volkshochschule, Dr. Philipp Salomon-Menger, darauf aufmerksam, dass die Finanzierung des „Regionales Grundbildungszentrums“ zum Jahresende ausläuft, da sich das Land aus der Finanzierung zurückzieht. In den vergangenen Jahren hat die vhs ein breites Netzwerk aufgebaut und sich zu einer zentralen Anlaufstelle entwickelt, die mehr leistet als lediglich Lesen und Schreiben zu vermitteln. So wird Grundbildung auch im Hinblick auf politische und gesellschaftliche Bildung verstanden.

Das Grundbildungszentrum hilft funktionalen Analphabeten. Rund 14,5 Prozent aller Deutschen aller Altersgruppen gehören dazu. Die meisten verfügen über einen Schulabschluss und mehr als die Hälfte sind sozialversicherungspflichtig angestellt. Die Betroffenen sollen auch in Zukunft Hilfe erhalten, die gesellschaftliche Teilhabe durch Lesen und Schreiben erst möglich macht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über die Erfahrung des Grundbildungszentrums und ihrer Arbeit zu berichten,
2. darzustellen, wie das Angebot fortgeführt und ggf. erweitert werden kann,
3. den genannten Finanzbedarf i.H.v 95.000€ zu verifizieren.
4. über den Hessischen Städtetag dafür einzutreten, dass das Land für die Weiterfinanzierung der Grundbildungszentren herangezogen wird.

Beschluss Nr. 0049

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über die Erfahrung des Grundbildungszentrums und ihrer Arbeit zu berichten,
2. darzustellen, wie das Angebot fortgeführt (z.B. mit Landesmitteln aus dem Weiterbildungspakt) und ggf. erweitert werden kann,
3. den genannten Finanzbedarf i.H.v 95.000 € zu verifizieren.
4. über den Hessischen Städtetag dafür einzutreten, dass das Land für die Weiterfinanzierung der Grundbildungszentren herangezogen wird.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2019

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2019

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister